

Lokale Wahlkandidaten: Helmut Brandt und Detlef Loosz aus Alsdorf  
Von: Karl Stüber



Der Bundestagsabgeordnete und sein ärgster Konkurrent um das Direktmandat für den Bundestag: Helmut Brandt (CDU, l.) sieht in Bundeskanzlerin Angela Merkel eine wichtige Leitfigur für Deutschland. Detlef Loosz (SPD, r.) orientiert sich dagegen an der prägenden SPD-Leitfigur Johannes Rau. Foto: Laurence Chaperon/SPD

Nordkreis. Helmut Brandt ist der „amtierende“ Bundestagsabgeordnete für die Städtereion in Berlin. Er ist Anwalt und Justiziar der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion. Detlef Loosz ist Gewerkschaftsfunktionär im Ruhestand und Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Alsdorfer Rathaus. Er sieht sich als Anwalt der abhängig Beschäftigten. Beide leben in Alsdorf.

Helmut Brandt will seinen Erfolg bei dem letzten Urnengang wiederholen – da holte er den Wahlkreis über die Erststimmen direkt. Er steht auf Listenplatz 23 seiner Partei. Detlef Loosz will nicht minder den Wahlkreis direkt holen, um in den Bundestag einziehen zu können. Er ist von seiner Partei auf den Listenplatz 43 gesetzt worden.

Was dem einen wichtig ist

Der Bundestagsabgeordnete Helmut Brandt sieht für sich und die CDU klare Aufgaben für die nächste Wahlperiode. In seiner Kanzlei an der Luisenstraße in Alsdorf spricht er von den Energiekosten, die für Privathaushalte wie die Wirtschaft immer belastender werden. „Energie muss bezahlbar sein“, dafür will er sich einsetzen. Ein wichtiges politisches Thema. Kosten und Ausgaben sind es auch, die den Kommunen schwer zu schaffen machen. Hier gilt es entlastend zu wirken, wie bereits mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund geschehen, sagt er.

Weiterer Schritt sind die Eingliederungshilfen. Brandt sieht drei Ansätze, um den Kommunen zu helfen. Zum einen muss das Nord-Süd-Gefälle zugunsten von Bayern und Baden-Württemberg und zu Lasten etwa von Nordrhein-Westfalen abgebaut werden. Zum anderen kann es aus Sicht Brandts

nicht sein, dass Städte wie Baesweiler, die ordentlich gewirtschaftet haben, bestraft werden, indem sie zugunsten der Kommunen auf Geld verzichten müssen, die weniger Sorgfalt haben walten lassen.

Drittens, so sein Appell an das Land NRW, müssten die Mittel des Bundes für die Städte und Gemeinden auch „in vollem Umfang“ dort landen. Noch unter CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist dies laut Brandt mit den Konjunkturmitteln gut gelaufen, unter Rot-Grün nicht mehr. „Wir müssen bei allem Vertrauen zu den Ländern doch zu mehr Kontrolle kommen“, ist der Bund gefordert, aktiv werden. Keine einfache Sache im Föderalismus, also der sehr weit gehenden Autonomie der Länder, wie der Jurist weiß. Brandt hält es für falsch, den Städten haushalterisch immer höhere Kommunalabgaben abzuverlangen. Das schrecke Investoren ab.

„Berechtigte Forderung aus der Bevölkerung“, so der CDU-Bundestagskandidat, „ist der Ruf nach Vergleichbarkeit im Bildungssystem. Da müssen die Länder sich bewegen.“ Der Weg zum Abitur muss vereinheitlicht werden, zielt Brandt auf einen verbindlichen Kanon an Kernfächern ab, die in gleicher Weise unterrichtet werden müssen. In Zeiten der Mobilität der Gesellschaft sind für ihn die Bildungs- und Qualifizierungsschranken, die zwischen den Ländern aufgebaut sind, ein Anachronismus.

Mindestlohn ja, aber kein vom Gesetzgeber einheitlich vorgeschriebener, sagt Brandt. Je nach Branche sind vielmehr Mindestlöhne eine Verhandlungssache zwischen Arbeitgeber- und -nehmervetretern.

„Alle Bemühungen haben nicht dazu geführt, dass die Zahl der Kinder gewachsen ist“, bedauert Brandt unter dem Aspekt des demografischen Wandels und der Überalterung der Gesellschaft. „Wir müssen noch genauer darüber nachdenken, wie wir Familien attraktiver machen können, indem wir sie entlasten.“ Das ist für ihn gesellschaftliches Problem und Aufgabe zugleich. Hier sind Unternehmen im eigenen Interesse stärker gefordert, zu überlegen, was sie für bei ihnen beschäftigte Eltern tun können. Das gilt für ihn auch bezüglich der Möglichkeiten, wieder in den Beruf einsteigen zu können. „Wir müssen junge Leute dafür gewinnen, dass die Familie noch immer die beste Lebensform ist“, betont der Familienvater.

In Sachen Schulden- und Bankenkrise im Euroraum geht es ihm darum, „die Wirtschaftsleistung in den Mittelmeerländern so zu steigern, dass sie im Währungsraum bestehen können. Hier brauchen wir Kanzlerin Angela Merkel notwendiger denn je“, lautet sein Credo.

Und was hat Brandt in den letzten Jahren für seinen Wahlkreis Städteregion, besonders den Nordkreis, erreicht? „Was beschlossen wurde, kommt allen zugute“, lobt Brandt die schwarz-gelbe Regierung und ist nicht auf einzelne kurzfristige Effekte aus. Vieles hat er diskret erledigt, ganz Anwalt eben. „Wichtig war und ist mir immer, wenn Menschen und Unternehmen um Hilfe nachsuchen, die entsprechende Kontakte zu schaffen, Türen zu öffnen und Sicherheit zu vermitteln. Das hänge ich nicht an die große Glocke. Das ist für ihn eine Sache des Vertrauensschutzes. „Wichtige Aufgabe eines Abgeordneten ist es, andere Kollegen, auch in der eigenen Fraktion von etwas zu überzeugen, was auch für den eigenen Wahlkreis gut ist.“ Das kommt auch bei den Menschen im Wahlkreis gut an, hat er festgestellt. Da will er weitermachen. Was dem anderen wichtig ist

Der Bundestagskandidat der SPD, Detlef Loosz, will sich vorrangig „für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Region einsetzen“, wie er in der Parteizentrale des SPD-Unterbezirks in Alsdorf erzählt. Er sieht sich vorrangig als „Anwalt“ der kleinen Leute, des Otto Normalverbrauchers. Nicht um schon mal auszuprobieren, wie man als Abgeordneter so sitzt, sondern um Ruhe zu haben, findet das Gespräch im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Eva-

Maria Voigt-Küppers statt.

Der ehemalige IGBCE-Bezirksleiter ist ganz auf Seiten der abhängig Beschäftigten. Von der eigenen Arbeit muss einer auch leben können, sagt er, für gleiche Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden – und mindestens 8,50 Euro, darunter geht für ihn nichts. Dass Leiharbeiter, die eigentlich nur Auftragsspitzen abarbeiten helfen und möglichst wieder reguläre Arbeitsplätze erhalten sollen, von Unternehmen gezielt und immer mehr eingesetzt werden, um feste Arbeitsplätze abzubauen, und dann noch zu einem unfairen Lohn, das geht für ihn gar nicht. Das haben auch die Kollegen der Gewerkschaften erkannt, meint er. Da finden sich Gewerkschafter und SPD wieder besser zusammen, hat er festgestellt.

Auch die Minijobs müssen vernünftig ausgestaltet werden. Dafür will er mit Gesinnungsgenossen in Berlin kämpfen und andere überzeugen.

Solidarisch denken und handeln, das hat er im Berufsleben immer gelehrt. Das gilt für ihn auch in Sachen Rente. Mit 63 und nach 45 Versicherungsjahren muss die Solidarrente abschlagsfrei mindestens 850 Euro betragen. Lücken sind aus Steuergeldern zu schließen. Punkt. Dafür müssen die, die starke Schultern haben, auch mehr tragen als die mit schwachen Schultern, beruft er sich sinngemäß auf Äußerungen seines sozialdemokratischen Vorbildes Johannes Rau. Dabei setzt die SPD die Einkommensgrenze hoch an: Bei zwei Verdienern mit mehr als 200.000 Euro Einkommen sind mehr Abgaben fällig.

Für Loosz ist es „unanständig, dass Einkünfte aus Kapital geringer besteuert werden als Einkünfte aus Arbeit.“ Das muss aus seiner Sicht geändert werden. Auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer steht bei ihm auf der Agenda. Steuerschlupflöcher will er geschlossen sehen. Er zürnt, dass Steuerhinterziehung im großen Stil betrieben worden ist – und noch wird.

Umverteilung will er nicht auf eine Frage der Besteuerung reduziert wissen. Statt als Sozialstaat viel Geld für „Reparaturen“ auszugeben, muss das Geld zuvorderst in die Bildung der Heranwachsenden gesteckt werden, plädiert er – und zwar von der Geburt bis zur Berufsausbildung oder Universität. Sein Credo: „Bestmögliche Bildung ist Voraussetzung für größtmögliche Chancengerechtigkeit und auch für Wohlstand.“

Korrigiert werden muss aus Sicht des SPD-Kandidaten das Gesundheitswesen, speziell geht es ihm um die „Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin“. In der Bürgerversicherung für alle sieht er die Lösung. „Zudem müssen wir Geld zur Verfügung bekommen und stellen, um die Pflege auszubauen. Das heißt, dass wir mehr Beschäftigte bekommen, indem wir das Berufsbild attraktiver machen, und so mehr Zeit für die eigentlichen Pflegeleistungen und die betroffenen Menschen gewinnen.“

Noch intensiver als bisher gelte es, Familien zu fördern und zu entlasten. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kindertagesstätten statt Zahlung von Betreuungsgeld gehört für ihn dazu.

Im Wahlkampf meint Loosz bei den Leuten gut anzukommen, weil er ihre Sprache spricht. Interesse, ja Sympathie erlebt er zum Beispiel bei Besuchen von Moscheen, zumeist bei Bürgern mit türkischer Herkunft. Nach der seltsamen Schreibweise seines Namens gefragt, hat er bei dieser Gelegenheit von den ungarischen Wurzeln seines Vaters gesprochen und darüber, dass er selbst eigentlich als Staatenloser geboren worden ist. Das kam bei den Bürgern mit Migrationshintergrund gut an. „Mensch, sach dat doch!“, habe man ihm da gesagt. Hat er ja jetzt.

